

# Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 144

Donnerstag, den 22. Juni 1922

5. Jahrgang

## Was kostet Polen die Kabinettskrise?

Auf diese sehr zeitgemäße Frage gibt die „Freie Presse“ folgende Antwort:

Die nachteiligen politischen Folgen der Kabinettskrise seien für jeden sichtbar. Es verlasse sich aber auch die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen zu überdenken. Auch diese seien nicht nur nachteilig, sondern sogar drohend.

Man müsse bedenken, daß die Krise in einer außerordentlich schweren Zeit hervorgerufen worden sei. Auf dem Kreditmarkte herrsche tiefer Stillstand. Es fehle an Kredit, der Geldbedarf sei ungeheuer. Die Krisenatmosphäre, durchdrungen von Geheimnissen, Befürchtungen und Gerüchten rufe Vertrauenslosigkeit auf dem Geldmarkte hervor. Das Geld fliehe aus den Banken ab, statt dessen unterließen neue Sparanlagen. Das müsse die Kreditlage herabsetzen und ein Steigen der Zinsen verursachen.

Man müsse ferner bedenken, daß der Staatshaushalt auch unabhängig von der Krise in ein kritisches Stadium getreten sei. Die Einnahmen gingen zurück, die Ausgaben aber stiegen. Die Einnahmen betrugen etwa 33 Milliarden monatlich. Wenn man diese Monatssumme auf das ganze Jahr verrechne, so erhalte man etwa 400 Milliarden, also fast soviel wie die im Haushaltsplan veranschlagten gesamten ordentlichen Ausgaben des Staates. Das Finanzministerium, das längere Zeit hindurch von der Falschheit des vorgelegten Budgets überzeugt war, habe jedoch die Vorlegung neuer Vorlagen zur Deckung des empfindlichen Defizits angeordnet. Das sei etwas spät da von der Vorlage bis zur Ausführung eines Steuerergänzes ein langer Weg führe und eine solche Vorlage in der Vorarbeit einen dornigen Gang zu machen habe. Die Krise verpönte diese Angelegenheit und rufe eine Steigerung des Finanzdefizits um viele Milliarden hervor.

Die Krise bedeute den Sturz des polnischen Marktkurses. Dieser Fall sei bereits auf der Börse bemerkbar. Bekanntlich aber sei der Marktkurs das Zentralsignal zur Herabsetzung der Preise und zur Vermehrung der Spekulation. Tatsächlich sei in den letzten Tagen die Zunahme der Zenerung sehr sichtbar gewesen, umso mehr, als alle Mittel zu ihrer Bekämpfung, die durch den „Außerordentlichen Kommissar zur Bekämpfung der Zenerung“ angewandt worden seien, bisher sehr problematische Erfolge gezeigt hätten. Die Zunahme der Zenerung sei eine soziale Krise und bedeute gleichzeitig eine weitere Verschärfung der ohnehin schon zugefügten Bekämpfung.

Endlich habe der Sejm eine Reihe wichtiger Gesetze von wirtschaftlicher Bedeutung zu erledigen gehabt, wie den Entwurf zur Abänderung des Gesetzes über den Mieterschutz. Die Abänderung sollte bereits am 1. Juli in Kraft treten. Angesichts der Krise sei aber nicht vorauszufragen, wann das erfolgen werde.

Kabinettskrisen seien immer ein Dorn im Auge der Nationen mit geordneten Verhältnissen und alten Staatsinstitutionen. Ofters leisten könnten. Der Augenblick für die letzte Kabinettskrise sei aber vom wirtschaftlich finanziellen Standpunkte aus gesehen so schlecht gewählt, daß er dem Staate unbeschreiblichen Schaden zugefügt habe.

Die Aussicht auf eine Belagerung der bereits drei Wochen andauernden Kabinettskrise scheint nunmehr abermals in einige Ferne gerückt zu sein, nachdem der vom Hauptauschuß des Sejm beauftragte frühere Industrie- und Handelsminister Brzozowski die Bildung der Regierung abgelehnt hat. Damit nimmt naturgemäß auch der Prozeß des wirtschaftlichen Niederganges und der Verschärfung unserer Ländersorgen ihren Fortgang.

Ein Beispiel dafür, wie sehr bedenkliche Rückwirkung die Kabinettskrise allein auf die Börse ausübt, liefert ein Bericht des „Anker Informacyjny“, worin es heißt:

„Im Zusammenhang mit der langanhaltenden Krise und mit den Gerüchten über die Abnahme Michalski als Finanzminister in das neue Kabinett steigen an der Warschauer und Krakauer Börsen die Kurse für fremde Währungen gegenüber der polnischen Währung.“

Solche und ähnliche Erscheinungen sind auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens festzustellen.

Es ist sehr hart zu bezeugen, ob es einer kommenden Regierung gegeben sein wird, diese und die früheren Schäden wieder auszugleichen.

## Nach der Abgabe Brzozowskis.

Warschau, 21. Juni (A. B.) Um 11 Uhr morgens versammelten sich die Vertreter der linken Fraktionen um über die durch den Bericht

Brzozowski geschaffene Lage zu beraten. An der Beratung beteiligten sich die Abgeordneten Witas, Katarzyna und Niedzialowski. Die Konferenz bezweckt ein einheitliches Vorgehen der linken Parteien in der heutigen Sitzung des Hauptauschusses. Es ist fraglich, ob es möglich sein wird, ohne vorhergehende Prüfung des gestrigen Antrages der P. P. S. eine formelle Initiative zu ergreifen. Dieser Antrag soll nicht nur der weiteren Entwicklung der mit der Regierungskrise verbundenen Vorfälle, sondern auch der weiteren Gestaltung der Beziehungen der Fraktionen, Nachdruck verleihen.

## Die polnisch-tschechischen Verhandlungen.

Die polnisch-tschechische Delegation für Teschen, die Zips und Arco, tagte vom 7. bis 16. Juni in Troppau und behandelte Fragen über Staatsangehörigkeit, Schulwesen und wirtschaftliche Probleme, die sich aus der Teilung der Stadt Teschen ergeben haben.

In den Fragen der Staatsangehörigkeit wurden in gegenseitigem Übereinkommen detaillierte Prinzipien aufgestellt, die im Rahmen der Entscheidung des Völkerrates vom 28. Juli 1920 und im Rahmen der geltenden Gesetze die Art und Weise festlegen, in der die polnische oder tschechische Staatsangehörigkeit im ehemaligen Abstammungsgebiet von Teschen, Zips und Arco erworben werden kann. Teilgebäude dieser Verhandlungen war die Absicht, allen Bewohnern dieser Gebiete die Erwerbung der Staatszugehörigkeit für jenen Staat zu ermöglichen, mit dessen Gebiet sie durch ihren Beruf, durch wirtschaftliche oder familiäre Bande verknüpft sind, soweit allerdings der Verleihung der Staatszugehörigkeit triftige Staatsgründe nicht widersprechen. Diesbezügliche Gesuche sollen einer möglichst raschen Erledigung zugeführt werden.

Soweit das Schulwesen in Betracht kommt, wurde hinsichtlich polnischer Schulen in Tschechien und hinsichtlich slowakischer Schulen im polnischen Teil der Zips und Arco verhandelt. Eine Eingangsfrage war namentlich nach der Richtung hin, in welcher Weise es ermöglicht werden soll, daß jedes Kind eine Schule seiner Muttersprache besuche, ferner hinsichtlich der Lehrerbildung für diese Schulen. Lehrer, die das Feld ihrer Tätigkeit in der Zeit der Abtrennung verlassen haben, sollen nach Möglichkeit wieder aufgenommen werden.

Soweit finanziell-wirtschaftliche Fragen in Betracht gezogen wurden, die sich mit der Teilung Teschens ergeben haben, hat die Delegation den Anstoß zu einer Zusammenkunft der Vertreter von Tschechien und Polnisch-Teschen gegeben, wobei es unter Beteiligung der Vertreter der beiderseitigen staatlichen Finanzverwaltungen zu einer Lösung dieser Fragen kommen soll.

Sobald diese Vereinbarungen von beiden Regierungen genehmigt sein werden, werden die kompetenten Ministerien alles in die Wege leiten, was zur Durchführung dieser Verträge notwendig ist.

Die nächste Tagung der Delegation dürfte Mitte August d. J. stattfinden.

## Die Uebernahme Oberschlesiens.

Kattowitz, 21. Juni. (Kat.) Heute beginnt die Räumung der zweiten Zone Oberschlesiens von den Truppen der Verbündeten. Am Donnerstag werden die polnischen Truppen Königschütze befehlen.

Oppeln, 21. Juni. (Kat.) Gestern vormittags um 11 Uhr wurde Kreuzburg und Oberglogau von deutschen Truppen besetzt. Die deutsche Polizei hat bereits den Sicherheitsdienst übernommen.

## Rückgabe polnischen Eigentums durch Deutschland.

In Ausführung des am 14. Mai in Warschau unterzeichneten Vertrages wird nunmehr zur Rückgabe des von Deutschland aus Polen angekauften Eigentums geschritten. Der erste Zug, bestehend aus 50 Waggons, passierte die vordere Grenze im Raum von Friedheim (Mafische) am 12. Juni. Von diesem Tage an gerechnet wird alle zwei Tage ein Zug, bestehend aus 50 Waggons, enthaltend das an Polen zurückzuführende Eigentum, aus Deutschland eintreffen. Im ganzen unterliegt der Rückgabe Eigentum, das in ca. 2000 Waggons verladen wird.

## Ein tschechischer Konsul für Danzig.

Danzig, 20. Juni (A. B.) Der polnische Staatschef hat im Einverständnis mit dem Dan-

## Die Absichten des alten Kabinetts.

Warschau, 21. Juni. (A. B.) Die zurückgetretenen Minister, die zeitweilig mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut wurden, trugen sich mit der Absicht, an den Staatschef die Bitte um Entlassung von den zeitweilig eingenommenen Ämtern und ihre Ersetzung durch die entsprechenden Unterstaatssekretäre, zu richten.

## Verhandlungen über die neue russische Abrüstungsnote.

Warschau, 19. Juni (A. B.) Der Geschäftsträger der ukrainischen Republik Dobolski hatte mit dem Außenminister Skirmunt eine längere Unterredung, in der über die letzte russische Abrüstungsnote an Polen und die baltischen Staaten sowie über die letzte polnische Protestnote, über die russische Vandalenstätigkeit im Grenzgebiet verhandelt wurde.

## Die Antwort Sowjetrußlands an Polen.

Warschau, 20. Juni. (A. B.) In der letzten polnischen Note hat der sowjetrussische Geschäftsträger in Warschau die polnische Regierung davon unterrichtet, daß die Moskauer Regierung Instruktionen herausgegeben hat, um in Zukunft so schwierige Vandaleneinfälle auf polnisches Gebiet zu verhindern.

## Getreidemlage und Regierungskrise in Deutschland.

Berlin, 19. Juni. (A. B.) In der Frage der Getreidemlage ist ohne Zweifel schon im Laufe des heutigen Vormittags eine wesentliche Beruhigung eingetreten. Innerhalb der Regierungskoalition arbeitet man insbesondere von Seiten des Zentrums und der Demokraten auf eine Einigungsformel hin, die zum Teil dem Vorschlag des „Vorwärts“ folgt, der die kleineren Grundbesitzer von einem Teil der Umlage befreien will. Man erwartet, daß heute im Reichstage der Regierungsentwurf zur Getreidemlage ohne weitere Debatte dem Ausschuss überwiesen werden wird und daß damit das Atterwerden der Frage auf das Ende der Woche vertagt erscheint. Wodurch zu Einigungsverhandlungen Zeit gewonnen wird. Auch das Zentrum legt den stärksten Wert darauf, diese Frage nicht zur Ursache einer Krise innerhalb der Regierungskoalition selbst werden zu lassen und insbesondere wird man den Vorstoß der sozialdemokratischen Presse, die Reichstagsauflösung verlangt, wohl die Spitze bereits abgebrochen haben. Im Verlaufe des heutigen Vormittags hat das Zentrum Verbindungsleute sowohl zur sozialdemokratischen wie zur demokratischen Partei geschickt und man glaubt, daß der Einigung innerhalb der Regierungsparteien keine allzu großen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

## Die Parlamentswahlen im Vargenland.

Wien, 18. Juni. (A. B.) Gestern fanden im Vargenland die Wahlen für den Nationalrat und den Landtag statt. Das Vargenland sendet 80 Abgeordnete in den Nationalrat und 35 Abgeordnete in den Landtag. Das amtliche Resultat der Wahlen liegt noch nicht vor, doch sind die Sozialdemokraten im Vorpfergung. Bis 1/2 10 Uhr abends vereinigten die Sozialdemokraten 11 000, die Christlich-Sozialen 7000 und die Groß-Deutschen 2000 Stimmen auf sich.

## Die Tagung der Verfassungsgebenden Synode der evangelisch-lutherischen Kirche in Polen.

Bericht unseres nach Warschau entsandten Sonderberichterstatters.

Gestern veröffentlichten wir den ersten telephonischen Bericht unseres zur Synode entsandten Sonderberichterstatters. Im Nachfolgenden beginnen wir mit dem Abdruck einer zusammenfassenden Darstellung der für die evangelisch-lutherische Kirche Polens so hochwichtigen Ereignisse in Warschau und bringen im Anschluß daran die telephonische Meldung über den Verlauf der Verhandlungen am 2. Sitzungstage.

Bereits am Montag, den 19. d. Mts., hatten sich diese geistlichen und weltlichen Synodalen in Warschau eingefunden. Am Dienstag vormittag versammelten sie sich im Konfirmandensaal der evangelisch-lutherischen Kirche, von wo aus sie sich kurz nach 10 Uhr in die feierlich geschmückte Kirche begaben.

Nach der feierlichen Liturgie, die von Herrn Pastor Fabrian geleitet wurde, hielt General-Superintendent Pastor Bursche eine Predigt in deutscher Sprache. Seiner Predigt legte er die Worte der Schrift zugrunde: „Gott hat uns gegeben nicht den Geist der Furcht, sondern den Geist der Liebe, der Kraft und der Ruhe.“

Pastor Bursche sprach über die Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Polen, wobei er von der Ausbreitung der Reformation im 16. Jahrhundert ausging. Die Früchte dieser Reformation gingen in Polen verloren, weil sich die Evangelischen untereinander bekämpften. In späterer Zeit war es ein Fehler der Evangelischen, daß sie sich um Schutz an auswärtige Mächte wandten. Dies habe die Teilung Polens zur Folge und ließ beim polnischen Volke einen Argwohn gegen alles Fremdgeläubige und Fremdherrschaft aufkommen. Von der evangelischen Lehre in Polen blieb nicht viel übrig. Erst die spätere Aufhebung der ins Land gekommenen Kolonisten und Handwerker brachte neues evangelisches Element ins Land. Wir sind die Nachkommen dieser deutschen Ansiedler. Wir gehören jedoch gar nicht zu denen, die unsere Abstammung verleugnen. Im Gegenteil, wir sind stolz darauf, da unsere Vorfahren viel zum Wohlstand des Landes beigetragen haben. Wir sind mit diesem Lande eng verknüpft. Dieses Land ist uns teuer, um wir hoffen, daß das Evangelium tiefere Wurzeln in ihm fassen wird.

Pastor Bursche begrüßte die Synodalen als Baumeister der Kirche und ließ sie trotz der verschiedenen Meinungen alle willkommen. Schon lange ging ein Sehnen nach der Synode durch unser Volk. Dieses Sehnen konnte nun endlich erfüllt werden. Leider bilden jedoch die Evangelischen kein einzig Volk von Brüdern. Wir sehen bei einem Teile Schmerz darüber, daß wir doch ein böses Beispiel der Uneinigkeit bieten, bei einem anderen Teile herrscht Bitterkeit, weil man aus der Kirche nicht eine vollkommene Institution machen will, die Sprache und Sitte pflegen soll. Ein großes Bangen und nagende Sorgen durchzieht unsere Herzen. Die Frage, was aus unserer Kirche werden wird, berührt alle Gemüter. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die römisch-katholische Kirche bei uns eine große Macht besitzt. Und droht von ihr große Gefahr, da sie uns immer als ihre abtrünnige Tochter ansieht. Das Älteste aber ist der Feind in unserer Mitte. Der Feind ist in die Kirche hineingetragen worden, sie ist der Schauplatz der wildesten nationalen Kämpfe geworden. Die evangelische Kirche hierzulande hat von Gott die hohe Aufgabe erhalten, die nationalen Gegensätze zu überbrücken. Wir müssen uns alle an die Brust schlagen, denn wir alle haben Fehler begangen. Gott gebe uns die rechte Kraft und die rechte Liebe, um alle Hindernisse zu überwinden. Nicht um deutsch, noch um polnisch soll es sich auf der Synode handeln, nicht um diese oder jene äußeren Güter, sondern um das Evangelium Jesu Christi.

Die polnische Predigt des Senior Kulick aus Teschen war von durchaus freudlichem Geiste getragen und machte auf alle Anwesenden einen guten Eindruck.

Der Jugendverein ließ es sich nicht nehmen den Gottesdienst durch Gesang in polnischer und deutscher Sprache zu verschönern.

Hervorzuheben ist, daß das Interesse der Warschauer evangelischen Gemeinde für diese hochbedeutende Feier sehr gering war. Das Mittelschiff der Kirche wurde von den Synodalen eingenommen, die Seitenplätze dagegen waren von Gemeindegliedern nur ganz schwach besetzt und wiesen eine für uns Łódź unerklärliche Leere auf. Bei uns wäre die Kirche aus solchem Anlaß sicher gedrängt voll gewesen.

Nachmittags versammelten sich die Synodalen zur ersten Sitzung wiederum in der Kirche. Um 3 30 Uhr eröffnete General-Superintendent Bursche die Synode mit einem Gebet in polnischer Sprache. Am Präsidiumstische hatten zu beiden Seiten des



Generalinspektoren der Bismarck für Kultur und Volksaufklärung Popuszancki sowie der Präses des Konfessionsrats Jakob Glas Platz genommen.

Generalinspektoren der Bismarck (polnisch): Durch den Sejmbeschluss vom 27. April d. J. ist die Synode einberufen und deren Zusammensetzung festgelegt worden. Zum erstenmal seit langer Zeit sind neben den Pastoren auch Laienangehörige an den Beratungen beteiligt. Die Synode besteht aus 208 Delegierten, davon sind 190 auswendig. Die Synode ist also rechtlich tätig. Es freut mich, dass Bismarck für Kultur und Volksaufklärung in unserer Mitte begründet zu können.

Bismarck Popuszancki (polnisch): Es ist dies für die evangelisch-lutherische Kirche Polens ein wichtiger Augenblick. Ich begrüße in dieser feierlichen Stunde die geistlichen und weltlichen Synodalen und wünsche Ihnen fruchtbare Beratungen. Die Konstitution unseres Staates, in der sich der Geist der Freiheit und der Toleranz des polnischen Volkes kristallisiert hat, verbürgt der evangelischen Kirche volle Freiheit der Entwicklung. Sie, meine Herren, sind hier versammelt, um die Grundgesetze Ihrer Kirche auszuarbeiten, und diesen Gesetzen wird gemäß Art. 115 der Verfassung der Staat seine Anerkennung nicht verweigern, sofern sie zu den Staatsgesetzen nicht in Widerspruch stehen. Meine Anwesenheit auf dieser Synode ist Ihnen der Beweis des freundschaftlichen Verhältnisses der Regierung zur evangelisch-lutherischen Kirche. Die Regierung hegt die Hoffnung, dass diese Kirche einen Faktor des Friedens und der Ordnung im polnischen Staate bilden werde. (Fortsetzung folgt.)

### Telephonischer Bericht vom zweiten Sitzungstage.

Der Vorwärt brachte wieder stürmische Szenen. Synodaler Uta wollte im Namen von etwa 80 Delegierten eine Erklärung verlesen, die einen Protest gegen die beleidigenden Reden des Herrn Glas und des Majors Ulrich vom 1. Sitzungstage enthielt. Generalinspektoren der Bismarck ließ die Verlesung nicht zu. Es kam zu gewaltigen Schreien, so daß eine Unterbrechung der Sitzung angedroht werden mußte. Während derselben versammelten sich sämtliche Synodalen, die sich mit der Lodzer Gruppe solidarisierten, im Konfirmandensaal zu einer Sonderberatung.

Das Ergebnis der Unterbrechung war ein Nachgeben von Seiten des Generalinspektors. Die Protestklärung wurde vom Präsidium aus verlesen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Wir gewählten Vertreter der Gemeinden protestieren auf das Schärfste gegen das gestrige für uns beleidigende Auftreten gewisser Mitglieder der Synode. In erster Linie müssen wir den Vorwurf zurückweisen, daß wir es waren, die die Angreifer sind und wir die völkischen Gegensätze in die Kirche hineingetragen und auf der Synode berührt haben. Wir betrachten die Synode nicht als den Ort, wo völkische Gegensätze ausgetragen werden, sondern erblicken in ihr das Mittel zur Gesundung und Reinigung unserer Kirche. In den Reden des Herrn Glas und Majors Ulrich dagegen ist diese schmerzliche Frage in taktloser und unüberlegter Weise aufgeführt worden. Diese beiden Herren unterstellen uns den Gedanken, daß wir die Kirche germanisieren wollen und ihr einen rein deutschen Stempel aufzudrücken gedenken. Wir sehen darin eine Entstellung unserer reinen Absichten und Ziele, die darauf hinauslaufen eine Kirche zu schaffen, die frei von jeder Knechtung ist und jedem Volke die Möglichkeit freier Pflege des Glaubens gewährt. Wir protestieren gleichzeitig gegen das Verhalten des Vorsitzenden, der es nicht für nötig befunden hat, den Herrn Major Ulrich, der sich erlaubt hat, die Grenzen des Taktes zu überschreiten, zur Ordnung zu rufen.“

Nach der Verlesung des Protestes wurde die Generaldebatte über die Kirchenverfassung eröffnet. Synodaler Uta brachte in einer längeren Rede, die eine ausgezeichnete Wirkung ausübte, eine sachverständige und wohlüberlegte Kritik des Konfessionsratsvorsitzenden.

Die Nachmittagsitzung brachte sachliche Beratungen über den Gesetzentwurf. Der Lodzer Entwurf findet bei fast allen Rednern große Sympathie und Anerkennung.

### Die Zusammensetzung der Ausschüsse im Haag.

Zu Ergänzung der gestern gebrachten Meldung über die Verteilung einzelner Staaten in den Ausschüssen und Untergruppen liegt nunmehr nachstehende Depesche vor, die ein Gesamtbild von der Zusammensetzung der Ausschüsse gibt:

Haag, 19. Juni. Der erste Ausschuss (Russische Angelegenheiten) ist wie folgt zusammengesetzt: Dänemark, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, England, Griechenland, Ungarn, Italien,

## Deutsche Eltern!

Wenn Eure jetzt schulpflichtig werdenden Kinder eine deutsche Schule besuchen sollen, so müßt Ihr eine diesbezügliche Erklärung an den Lodzer Schulrat einreichen.

Die Frist läuft schon am 30. Juni ab!

Vordrucke sind Piramowiczstraße 5 zu haben.

2735

### Deutsche Eltern, versäumt nicht Eure völkische Pflicht!

Japan, Dänemark, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Holland, Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Schweden, Schweiz und Tschechoslowakei. — Der erste Ausschuss für das private Eigentum besteht aus Belgien, Finnland, Frankreich, England, Italien, Japan, Norwegen, Holland, Rumänien, Schweden und die Schweiz. — Der Unterausschuss für die Schulden setzt sich zusammen aus Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Italien, Japan, Litauen, Holland, Jugoslawien und die Schweiz. — Der Unterausschuss für die Kredit wird gebildet von Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Japan, Litauen, Polen und Tschechoslowakei. — Um die Zahl von 11 in diesem Unterausschuss nicht zu überschreiten, wird Holland an den Besprechungen nur teilnehmen, wenn besondere Interessen Hollands in Frage kommen.

Wie verlautet haben sich heute schon 22 Länder darunter Belgien bereit erklärt, an den Sitzungen des nicht-russischen Ausschusses teilzunehmen.

### Schanzers London-Reise.

Rom, 20. Juni. (E. U.) Nach heftigen Blättermeldungen wird sich Außenminister Schanzer, nachdem er das italienische Königspaar Ende nächster Woche nach Kopenhagen begleitet hat, zu wichtigen Besprechungen über die Fragen des östlichen Mittelmeeres und des englischen Mandats über Palästina nach London begeben.

### Metallarbeiterstreik in Italien.

Rom, 20. Juni. (E. U.) Der in Genua abgehaltene Kongress der Metallarbeiter hat mit 47 000 Stimmen gegen 37 000 Stimmen den allgemeinen Streik der Metallarbeiter in ganz Italien beschlossen. Der von kommunistischer Seite eingereichte Antrag, daß sämtliche Arbeiterklassen in Italien zugunsten der streikenden Metallarbeiter in der Lombardei in einen Sympathiestreik eintreten, wurde abgelehnt.

### Wildgewordene französische Chauvinisten.

Paris, 20. Juni. In einer Versammlung der „Jeune république“ sollte der Abgeordnete Marc Sangnier, das Mitglied der katholischen Linken, der von kurzer Zeit in der Kammer eine aufsehenerregende Rede über die Notwendigkeit der französisch-brutalen Wiederherstellung gehalten hatte einen Vortrag über die internationalen Pflichten Frankreichs halten. Als Sangnier die Rednertribüne bestieg stürmten aus dem Saal etwa 200 „Camelots du roi“ auf ihn und den Vorstand des Vereins los und blieben mit Knäpeln auf sie ein. Einige der Angreifer sprangen auf den Redner und rissen der Versammlung zu, sie sollte sofort den Saal räumen. Als ihrem Verlangen nicht Folge geleistet wurde, warfen sie Tische und Stühle in das Publikum hinein und schlugen ohne Rücksicht auf die zahlreich anwesenden Frauen darauf los. Sangnier wurde am Kopf erheblich verletzt. Er legte jedoch, nachdem die Aufseher den Saal verlassen hatten, die Versammlung fort. Von den Anwesenden sind viele Frauen verwundet worden, die Polizei hat jedoch keinerlei Verhaftungen vorgenommen.

### Die deutsche Sprache in Lettland.

Der Verfassungsausschuss der lettischen verfassunggebenden Versammlung hat die Vorbereitung von Gesetzentwürfen über die Rechte der Minderheitsrassen im Gange begonnen. Der in erster Lesung angenommene Gesetzentwurf über die deutsche Sprache gibt jedem lettischen Bürger das Recht, die deutsche Sprache mündlich und schriftlich, öffentlich und im privaten Verkehr, im Amt und in der Selbstverwaltung und, mit Ausnahme von Lettland, vor Gericht zu gebrauchen; alle staatlichen und städtischen Behörden müssen schriftliche Angaben und mündliche Erklärungen in deutscher Sprache entgegennehmen.

### Dreißig Millionen Goldrubel für revolutionäre Propaganda.

London, 20. Juni. Die „Times“ berichtet aus Helsingfors, daß bei der Nachprüfung des Propagandafonds der Dritten Internationale das Exekutivkomitee der russischen kommunistischen Partei einen Fehlbetrag von dreißig Millionen Goldrubel entdeckt habe. Sowjet, der diesen Fonds zu kontrollieren hat, erklärte, drei Millionen seien anlässlich der Genuefer Konferenz verausgabt, sieben zur Unterstützung der indischen Nationalisten bei ihrer antenglischen Kampagne verwandt und die restlichen zwanzig Millionen

seien als Unterstützungsgelder für revolutionäre Organisationen in Deutschland und Italien verausgabt worden.

### Lenins Gesundheitszustand.

Moskau, 20. Juni. (E. U.) Ein Bulletin vom 17. Juni meldet über die Erkrankung Lenins, daß der Katarh des Magen- und Darmsystems zur Zeit verschwunden, alle Innenorgane völlig in Ordnung, Temperatur und Puls normal sind. Die Erscheinungen der Störung der Blutcirculation seien verschwunden. Der Kranke hat das Bett verlassen. Unterzeichnet ist das Bulletin von den deutschen Ärzten Klempner und Kramer und von dem russischen Volkskommissar für Gesundheitswesen.

### General Gurko — Chef der Wladimirov-Regierung.

London, 20. Juni. (A. P.) General Gurko wurde zum Chef der Regierung von Wladimirov ernannt. Die Monarchisten hegen aus diesem Anlaß große Hoffnungen. Sie glauben, daß es ihnen gelingen werde, Wladimirov in eine Zentrale der Monarchistenbewegung umzuwandeln.

## Lokales.

Lodz, den 22. Juni 1922.

### Stempelsteuern.

Am 26. Juni d. J. tritt eine Anzahl von Stempelsteuergesetzen bzw. Verordnungen in Kraft. Sie sind den bisher geltenden Bestimmungen der drei Teilgebiete entnommen, entsprechend abgeändert und gelten nunmehr für das gesamte Gebiet der Republik.

Es sind dieses

1. das Wechselstempelsteuer-Gesetz vom 26. 10. 1921 mit den Abänderungen vom 24. 3. 22 und 7. 4. 22 sowie der Ausführungsanweisung vom 13. 5. 22,
2. die Verordnung vom 13. 5. 22 betreffend Wechselblanketts,
3. die Verordnung vom 8. 5. 22 betreffend die Stempelabgaben von Eingaben und amtlichen Bescheinigungen,
4. die Verordnung vom 8. 5. 22 betr. Stempelabgaben von Vollmachten,
5. die Verordnung vom 8. 5. 22 betr. Stempelabgaben von Frachtkunden.

Die wichtigsten Bestimmungen dieser Gesetze bzw. Verordnungen sind:

1. Die Wechselstempelsteuer beträgt 3 vom Tausend abgerundet auf je 3 Mark. Ein Blankowechsel wird so versteuert, als ob er auf 500 000 Mark laute. Die Steuer wird grundsätzlich durch Verwendung von Wechselblanketts entrichtet. Bei Wechseln, die nicht auf Blanketts niedergeschrieben sind, wird der Betrag durch Verwendung von Stempelmärken entrichtet; endlich kann die Steuer auch in bar bei einer Finanzkasse eingezahlt werden. Scheids unterliegen einer einheitlichen Abgabe von 5 M.

2. Es sind 16 Kategorien von Wechselblanketts vorgesehen, lautend auf Summen von 1000 bis zu 6 000 000 M. Der Verkauf dieser Blanketts erfolgt zu den auf diesen ersichtlichen Preisen durch die Finanzkassen und Stempelverleiher.

3. Die einschneidendste Verordnung ist diejenige über die Stempelabgabe von Eingaben und amtlichen Bescheinigungen. Für die Folge sind fast alle Eingaben, Anträge u. dgl., bevor sie den zuständigen Behörden (ausgenommen Gerichtsbehörden) eingebracht werden, mit Stempelmärken in entsprechender Höhe zu versehen. Unterbleibt die Verwendung des Stempels, so bleibt die Eingabe so lange unerledigt, bis der Antragsteller auf Aufforderung den zu wenig oder gar nicht entrichteten Stempelbetrag oder die Bescheinigung einer Kasse über den eingezahlten Stempelbetrag der betreffenden Behörde einreicht. Auch für telegraphische Eingaben sind Stempelmärken zu verwenden. Dieser Teil (I) tritt im ehemaligen preussischen Teilgebiet erst am 26. 8. 22 in Kraft. Teil II handelt von den amtlichen Bescheinigungen. Teil III bestimmt, daß Eingaben, die an Kommunalbehörden in Angelegenheiten gerichtet werden, die zum Tätigkeitsgebiet der Gemeinden oder anderer Kommunalverbände gehören, einer Stempelabgabe zugunsten des Staates nicht unterliegen. Dasselbe bezieht sich auf die von diesen Behörden erteilten Bescheinigungen.

Die Stempelabgabe von Eingaben betr. die Änderung der Veranlagung öffentlicher Abgaben beträgt 50 M., von sonstigen Eingaben 200 Mark, sofern nicht höhere Beträge vorgegeben sind. Die Anlagen der Eingaben unterliegen einer Abgabe von 50 M. für eine jede Anlage ohne Rück-

### Der richtige Zeitpunkt

Ist jetzt der für die nächsten Wochen geplanten Einkauf vorzunehmen:

Horren-Unter	28 000, 25 000
Sacco Anzüge	28 000, 25 000
Hosen	7 500, 9 500
Etamin-Kleider	8 500, 9 500, 11 500

SCHMECKEL & ROSNER, Lodz, Petrikauer Straße 100, Filiale 10.

## Saison-Ausverkauf

zu ermäßigten Preisen trotz steigender Tendenz

A. Tschaff & Co., Lodz, Petrikauer Straße 100, Telefon 541.

## Dr. med. H. Roschaner

zurückgekehrt. — Spezialpraxis 9, von 8—10.30 Uhr und von 4—8 Uhr abends. 2687

sicht auf die Anzahl der Voten. Die Stempelabgabe von den amtlichen Bescheinigungen beträgt 200 M. für den ersten Voten und 50 M. für einen jeden weiteren Voten. Für Beglaubigung einer Abschrift sind 50 Mark, für beglaubigte Abschriften und zweite Ausfertigungen einer amtlichen Urkunde 100 Mark für eine jede Seite zu entrichten.

4. Der Vollmachtstempel beträgt 100 Mark für einen jeden Voten.

5. Die Stempelabgabe für Frachtkunden beträgt 50 M., für Depätsch eine 20 M., für Frachtkreise, die den Abschluß eines Transportvertrages nicht mit der Eisenbahn, sondern mit einem anderen Transportunternehmen betreffen, gleichfalls 20 M.

### Von der Stadtverordnetenversammlung.

Auf der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung führte Dr. Roschaner den Vorsitz. Stadtverordneter Rappaport brachte eine Interpellation in Angelegenheit der Wirtschaft des Ing. Schönfeld in der Straßenpflasterungsabteilung ein. Die Interpellation betraf u. a., daß Ing. Schönfeld durch Nachlässigkeit der Stadt einen Schaden von 175 Millionen Mark verursacht habe, indem er von einem billigen Angebot von Pflastersteinen keinen Gebrauch machte. Ein Kubikmeter Pflasterstein wurde der Straßenpflasterungsabteilung, deren Leiter die Herren Ing. Schönfeld und Roschaner waren, zum Preise von 600 Mark angeboten. Die Leiter lehnten dieses Angebot ab. Drei Monate später war die Stadt gezwungen, Pflastersteine aus dem Skernewicer Kreise zum Preise von 8000 M. für den Kubikmeter zu beziehen.

Darauf richtete Stadtverordneter Rottowski an den Magistrat eine Anfrage in Angelegenheit der Kündigung von 35 Lehrerinnen für Handarbeiten. Die Antwort des Magistrats wurde als befriedigend angesehen. Stadtverordneter Roschaner wies auf die übermäßig hohen Fahrpreise der Kleinbahnen hin. Die Verwaltung dieser Bahnen erhebt für eine 2 km lange Strecke im Stadtbereich eine Gebühr von 90 Mark, während nach der Verfügung des Ministeriums die Gebühr nur 40 M. ausmacht. Ein dgl. Antrag wurde angenommen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde über eine 300 Millionen-Anleihe für Verpflegungszwecke beraten. Eine lebhafte Aussprache rief das Vorgehen der Regierung in Angelegenheiten der Bekämpfung der Teuerung hervor. Die Stadtverordneten Rappaport, Sichtenstein, Rappaport u. a. unterzogen den von der Regierung unternehmen Schritt einer scharfen Kritik. Alle Redner lehnten die Annahme dieses Regierungsantrages ab, da sie nicht gewillt sind, die moralische Verantwortung für eine Sache, die keinen Erfolg verspricht, zu übernehmen. Schöffe Wilczanski verleihte die Regierung und sprach für den Antisemitismus, der schließlich angenommen wurde. Darauf wurde beschlossen, für die Erweiterung der Bauteilung des Dachbodens des städtischen Gebäudes auf dem Plac Wolności 14 auszubauen. Außerdem wurde beschlossen, mit dem Bau der Spielplätze im Boniatowskiplatz sowie im Dziel und Wapnart wie am schnellsten zu beginnen. Auf Antrag des Magistrats beschloß die Stadtverordnetenversammlung, der Lodzer freiwilligen Feuerwehr eine Unterstützung von 6 Millionen Mark zu gewähren. bsp.

Die gestrige Sitzung leitete Stadtverordneter Roschaner.

Nachdem wurden Berichte verlesen. Der Magistrat beschloß dem Blindeninstitut in Breslau 50 000 Mark zu überweisen.

Stadtverordneter Roschaner fragte den Magistrat, welche Vergütung er dem Ing. Gierkum für den ihm zugesagten moralischen Schaden geben wolle, da das Gericht die Unschuld des Bezeichneten festgestellt habe.

Dr. Stupnicki antwortete, daß der Magistrat dem Ing. Gierkum die Stellung, unabhängig vom Gericht, gekündigt habe.

Stadtverordneter Rottowski fragte, wann der Magistrat auf die vorgestrichene Interpellation in der Angelegenheit des Ing. Schönfeld antworten werde.

Zu der Angelegenheit der Ueberweisung städtischen Bodens an Herrn Gebner zur Errichtung einer Gänsemanufaktur ergreifen die



Stadtv. Kottowski, Siller und Bogdanowski das Wort, die die Ansicht äußerten, daß dies der Uebertragung eines Monopols an einen Bürger gleichkomme.

Stadtv. Bogdanowski stellte sodann die Frage ob die heutige Stadtverordnetenversammlung das nötige Quorum aufweise.

Es wurde eine Unterbrechung zur Lösung der Stadtverordnetenangelegenheiten, wobei sich ein Antrag auf Quorum ergab.

Ueber die Angelegenheit der Gänsemarktstraße wurde daher nicht abgestimmt. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

**Die Gelbaufgabe.** Nach einer amtlichen Mitteilung dürfen von jeder Person nur 3000 M. deutsches Geld ohne weiteres nach Deutschland bzw. Dargig mitgenommen werden. Für größere Summen, deren Notwendigkeit nachgewiesen werden muß, wird die Ausfuhrerlaubnis ohne weiteres vom Vertreter des Finanzministeriums erteilt.

**Die Steuerungsfrage.** Auf Grund einer Verfügung des Postministers werden vom 1. Juli ab die Postförmchen im Inlande wie folgt erhöht: Gewöhnliche Briefe 10 M.; Fernbriefe bis zu einem Gewicht von 20 Gr. — 20 M., von 20 bis 250 Gr. 40 M.; Postkarten 16 M.; Postkarten mit Rückantwort 32 M.; Druckfachen bis 50 Gr. — 4 M., bis 100 Gr. 8 M., bis 1000 Gr. 40 M. Die Einschreibgebühr beträgt 30 Mark.

Postpakete bis zu 1 Kg. Gewicht 50 M., bis 5 Kg. — 200 M.; Einschreibgebühr 30 Mark.

Gebühren für Postanweisungen: bis 1000 M. — 10 M., bis 3000 M. — 40 M., bis 10000 M. — 100 M., bis 30000 M. — 200 M., bis 100000 M. — 550 Mark. Es sind Postanweisungen bis zu 100000 M. zugelassen. Das Gewicht der gemischten Sendungen wird auf 1 Kg. erhöht. Die höchste Aufbewahrungsgebühr beträgt 1000 Mark.

Für Danzig und Oberschlesien gelten dieselben Sätze.

**Eine Tagung der polnischen Wojewoden.** Die Wojewoden der polnischen Provinzen in Warschau trafen sich am 20. Juni zu einer Tagung. Gegenstand der Beratungen bildeten aktuelle Fragen aus dem Gebiete des Handels und der Industrie. Aus den Berichten der einzelnen Wojewoden war zu entnehmen, daß die polnische Industrie sich im Vergleich zum Vorjahre bedeutend entwickelt hat. Das ist zum Teil eine Folge der besseren Verkehrsverhältnisse sowie der gesteigerten Rohstofflieferungen. Als größte gegenwärtige Sorge der polnischen Industrie wurde der Mangel an Kapital erkannt. Der Bank- und Kreditverkehr ist außerordentlich teuer, während die von der Regierung gewährten Kredite ungenügend und an verschiedene Formalitäten gebunden sind. Die Industriellen werten mit Unbehagen auf die Wiedereröffnung der Diskontozentrale, um die fertigen Waren absetzen zu können. Während der Verhandlungen wurde unter anderem auch die Notwendigkeit der Erbauung mehrerer Eisenbahnlinien von Kongresspolen nach Oberschlesien betont, da die jetzt vorhandenen für den bald einsetzenden gewaltigen Verkehr nicht ausreichen werden.

**Eine Mitteilung der „Deutschen Arbeitspartei“.** Infolge der in der polnischen Presse des letzten notierten Gerüchte, daß Sejmabgeordneter Doktor Griesse einer der Führer der Deutschen Arbeitspartei Polens sei, sah sich der Vorstand dieser Partei veranlaßt, an den „Kurier Warszawski“ nachstehende Mitteilung zu senden: „Der in der Nr. 126 des „Kurier Warszawski“ veröffentlichte Artikel „Deutsche Vorposten in Polen“ enthält ungenaue Angaben über die „Deutsche Arbeitspartei Polens“.

1. Die Behauptung, daß die Deutsche Arbeitspartei vom Sejmabgeordneten Griesse geleitet werde, entspricht nicht der Wirklichkeit. Die D. A. P. hat nichts Gemeinsames mit diesem Herrn. Sejmabgeordneter Griesse ist niemals Mitglied der D. A. P. gewesen, weshalb er auch nicht an der Spitze derselben stehen kann. 2. Die Behauptung, daß die „Deutsche Arbeitspartei Polens“ ihre Entstehung den Reichungen und Mißverhältnissen im Schoße des „Bundes der Deutschen Polens“ verdanke, entspricht ebenfalls nicht den Tatsachen. Die Ungelegenheit einer solchen Behauptung wird klar, wenn man bedenkt, daß der „Bund der Deutschen Polens“ nicht wie die D. A. P. eine politische, sondern eine kulturelle Organisation ist. Die „Deutsche Arbeitspartei Polens“ entstand spontan und ist durch die Notwendigkeit der Verteilung der Rechte und Interessen des deutschen Arbeitenden Volkes in Polen bedingt. Sie strebt ein friedliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit der eingeborenen polnischen Bevölkerung zum allgemeinen Wohle an.“

**Registrierung der Jagiere.** Der Magistrat der Stadt Lodz fordert alle Besitzer von Pferden, Maultieren und Eseln auf, alle seit der im April vorigen Jahres stattgefundenen Registrierung obiger Tiere eingetragenen Veränderungen dem Wydział Gospodarczy, Dzielna 2A, 2. St., mitzuteilen. Zuwiderhandelnde werden auf Grund einer Verfügung des Innenministeriums vom 5. April 1921 mit einer Geldstrafe bis zu 100,000 Mark oder einem Jahre Haft bestraft.

Das Regierungskommissariat macht bekannt, daß die Musterung der Pferde, Maultiere und Esel am 26. Juni stattfinden wird. Die Musterungskommission wird der Reihe nach auf dem Baluter Ringe, dem Dombrówpark und dem Geyrichen Ringe amtierend.

**Verabschiedung der Steuerung.** In der letzten Sitzung der Kommission zur Prüfung der Preise und Gewinne wurde beschlossen, die Verabschiedung der Ritzpreise für Artikel des ersten Bedarfs in Lodz und Lodz durchzuführen. Bei der bisherigen Festsetzung der Ritzpreise kam es zu einem Streit, daß die Ritzpreise in Lodz höher als in Lodz waren. Dies hatte zur Folge, daß viele Lebensmittel, wie z. B. Getreide, von höheren Preisen nach Lodz verschoben wurden. Von Lodz aus hat sich Herr Karlowitz nach Warschau begeben, um an der ersten gemeinsamen Sitzung der beiden Kommissionen teilzunehmen.

**Erneute Forderungen der Textilarbeiter.** Infolge der stets wachsenden Teuerung wandte sich der Verband der Textilarbeiter an den Verband der Industriellen mit der Forderung, eine Lohnerhöhung von 50 Proz. zu bewilligen. Als Entschluß zur Erteilung der Antwort wurde der 26. Juni festgesetzt.

**Lohnabwägung unter den städtischen Angestellten.** Die städtischen Angestellten forderten für den Monat Mai eine Lohnerhöhung von 11 Prozent und für den Monat Juni eine solche von 18 Prozent. Eine endgültige Antwort auf diese Forderungen soll der Magistrat am 24. Juni erteilen.

**Städtische.** Auf Grund eines Beschlusses der Verwaltung wurde eine besondere Kommission für die Übernahme der städtischen mechanischen Einrichtungen, wie Brunnen usw., gebildet. Der Kommission gehören u. a. die Stadtverordneten Praszka und Jasiewicz an.

**Die Markthalen.** Die Wirtschaftsabteilung beim Magistrat in Lodz, die von der Stadtverwaltung Markthalen, wobei in den Budgets der einzelnen Hallen Mängel und Unzulänglichkeiten festgestellt wurden. Die Verwaltung bedenkt nicht die Ausgaben, so daß der Magistrat z. B. für die Halle in der Jagierstraße 6 einen Fehlbetrag von 549 730 M. und für diejenige in der Kocielewskiej 9 ein Defizit von 62 756 M. decken muß. Um die Budgets ins Gleichgewicht zu bringen, wurde beschlossen, daß die Pächter der Markthalen in der Jagierstraße für die Verwaltungskosten aufkommen müssen, während in der Halle in der Kocielewskiej die Stadt- und Konzeptionsgebühren erhöht werden.

**Der übliche Kommunizierungsprozeß.** Das Lodzger Bezirksgericht verhandelte unter Vorsitz des Richters Jaroslawski gegen Helena Banasik, die angeklagt war, während einer Versammlung des Sejmabgeordneten Bancucki kommunistische Agitation betreiben zu haben. Banasik, die zum Verlust der Rechte und zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, beschimpfte nach ihrer Verurteilung das Gericht, weswegen sie noch besonders zur Verantwortung gezogen werden wird.

**Die Seuchen in Lodz.** In der Zeit vom 11. bis 17. Juni erkrankten an ansteckenden Krankheiten: an Diphtherie 4 Personen; an Unterleibsruhr 20 Personen (1 Todesfall); an Rückfallruhr 2 Personen; an der Ruhr 2 Personen (1 Todesfall); am Wochenruhrfieber 1 Person (1 Todesfall); an Scharlach 2 Personen (1 Todesfall); an den Keuchhusten 7 Personen (1 Todesfall); an den Windpocken 1 Person; an Gehirnhauteizündung 2 Personen (1 Todesfall); an der Rubeola 3 Personen (2 Todesfälle); an der ägyptischen Augenkrankheit 2 Personen; an italienischer Fieber 3 Personen. An der Scharlach ruhr starben in dieser Zeit 16 Personen.

**Verhaftung dreier Schwindler.** Seit längerer Zeit machte ein junger Mann verschiedene Familien auf deren Angehörige Gefängnisstrafe zu verurteilen hatten oder in anderen Staaten weilten. Unter dem Vorwande, von den Abwesenden geschickt zu sein, lockte er verschiedentlich größere Geldsummen sowie Kleidungsstücke heraus, bis ihm endlich vor einigen Tagen das Handwerk gelegt wurde. Er wurde in der Ritzstraße 75 im Augenblicke, da er sich als „Wohlthäter“ aufspielte, verhaftet. Bei ihm wurden falsche Ausweispapiere sowie 2 gefälschte Stempel gefunden.

**Die Polizei verhaftete ferner die Warschauer Einwohner Abram Wisla und Majer Kalicki, die auf der Straße Geldspenden sammelten, ohne dazu berechtigt zu sein.**

**Tödlicher Unfall bei einer Truppenübung.** Während einer Übung mit Handgranaten im Tuszynen Walde wurde der Soldat Michal Chaboda schwer verwundet. Er wurde nach Tuszyn zum Arzt gebracht, wo er bald darauf verstarb.

**Selbstmordversuch.** Juleza Dittewicz, wohnhaft in der Pabianicka Straße 20, versuchte sich durch Trinken von Giftigkeits das Leben zu nehmen.

**Abenteurerlustig.** Die bei den Eltern in der Radwanskastraße 69 wohnhafte Anna Supislo verließ mit ihrer Freundin Jozefa Koscik, wohnhaft in der Kocielewskiej 54, am Dienstag, um 8 Uhr morgens, das Elternhaus. Beide Mädchen sind bisher noch nicht zurückgekehrt. — Ferner wird der 10jährige Jozef Marginal vermisst. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Knaben waren bisher ergebnislos.

**Diebstahl.** Aus den Magazinen der Firma Schieber und Grohmann in der Przemyskastraße wurden verschiedene Waren im Werte von zwei Millionen M. gestohlen. — Auf frischer Tat wurde Juleza Staniewicz, Zamiatka 31, verhaftet, die verurteilt hatte, Seidenwaren aus dem Geschäft von Tycha zu stehlen.

## Kunst und Wissen.

**Konzert des Balalaika-Orchesters.** Unter Leitung von W. Stepanow. Mancher krasse Musiker rümpft wohl verächtlich die Nase, wenn er das Wort Balalaikaorchester hört. Es schweben ihm da reichlich unmusikatische Dinge vor, wie etwa eine Vereinigung von 20 oder mehr Balalaikaspielern, die, ohne die Grundlagen der modernen Orchesterlehre zu beachten, beliebige Gassenhauer oder populäre Zigarettenromane in wenig künstlerischer Weise vortragen. Ich muß offen gestehen, daß auch ich so ziemlich dieser Ansicht gehuligt habe. Der Besuch des Montagabendkonzertes des Stepanow'schen Kapells hat mich eines Besseren belehrt. Ich fand da Dinge, die einer rein künstlerischen Betrachtung wert waren.

Zunächst ist schon die Zusammenfassung des Orchesters interessant und fesselt durch Mannigfaltigkeit der Instrumente. Es sind deren wohl an die zwanzig, bei einer Gesamtstärke der Kapelle von 36 Mann. Selbstverständlich sind die Klangmöglichkeiten beschränkt, denn fast sämtliche Instrumente (mit Ausnahme des Schlagzeugs und des die Harmonik vermittelnden Klaviers) sind in Bau und Klang verwandt. Eine Symphonie von Beethoven oder Brahms also ist in dieser Besetzung nicht gut denkbar. Aber schon die Grundklangfarbe des Orchesters ist von besonderer Wirkung und manche hochkünstlerische Klängeffekte bei entsprechender Verteilung der Instrumente sind durchaus keine Seltenheit. Jedenfalls, die Grundzüge der Instrumentation, des Kontrapunkts und der Harmonik werden vollausgewahrt.

Der Dirigent des Orchesters, Herr W. Stepanow hat einen unbefriedigenden künstlerischen Instinkt für die Verteilung der Farben. Aber noch mehr ist er ein sicherer Gestalter und hält das ganze Orchester in seinem Bann. Der Reichtum an dynamischen Schattierungen und die rhythmische Prägnanz sind einfach bewundernswert. Wie da im Lied „Ej, dauchniem“ der Klang vom tiefsten Hauch bis zum stärksten Fortissimo allmählich anschwellt, um dann wieder in das leiseste Pianissimo aufzuweichen, das war eine prächtige Leistung. Auch andere russische Volkslieder wurden in ausgezeichneter Weise geklungen. Hervorheben möchte ich noch die künstlerische Wiedergabe von Tschajkowskij's „In der Kirche“, der Suite „Russische Märchen“ von Rimski-Korsakow und des Walzers „Souvenir de Vienne“ von Andrejew.

Eine besondere Erwähnung verdient der Solist des Abends, Herr A. Stanislawski, der auf der Balalaika „Nachtigall“ von Alabjew und „Mazurka“ von „Wienawski“ ausführte. Erwähnenswert ist die Fingerfertigkeit seiner rechten Hand, die ohne Bogen die schnellsten Rufe in exakter Weise auszubringen.

So war dieser Abend auch für den Musiker ein Gewinn, da er durch Eindrücke seltener und nicht so oft gehörter künstlerischer Art bereichert wurde. Manche Vorurteile wurden beim Anhören dieser vorzüglichen Kapelle sicherlich zerflort.

Dr. D. Ch.

**Der heutige Opernabend von Ada Sari.** Uns wird geschrieben: Heute um 8 Uhr findet im Saale der Philharmonie der angelegentlichste Opernabend der phänomenalen Koloratursängerin Frau Ada Sari, der Primadonna der Großen Oper in Paris und der „La Scala“ in Mailand statt. Das heutige Konzert Ada Sari's, die nur ein einziges Mal vor ihrer Abreise nach Amerika auftritt, wird ohne Zweifel ein großes künstlerisches Fest für unsere musikalischen Kreise bilden. Das Programm enthält u. a. die schönsten Arien von Verdi, Mozart, Rossini. Karten sind in der Philharmonie zu haben.

**Konzerte im Stasie-Park.** Uns wird geschrieben: Um den breitesten Massen unserer Bevölkerung auch in den Sommermonaten gute Musik zu verschaffen, wird unser Philharmonisches Orchester im Einvernehmen mit der Kultur- und Bildungscommission des Magistrats alle Sonnabende, Sonntage und Feiertage im Stasie-Park Volksfrühlingskonzerte veranstalten. Es steht zu erwarten, daß diese Konzerte, deren Weitertrag einerseits durch die durch Uebernahme der Gartenanlage durch die Polizei- und Militärkapellen forciert wurde, andererseits für brotlos gewordenen Berufsmusiker, andererseits für die vom Magistrat bestimmten kulturellen Zwecke verwendet wird, die weitesten Massen des Publikums in den schönen Stasie-Park locken werden. Die Konzerte werden eine willkommene Zerstreuung für alle diejenigen bilden, die durch die Notwendigkeit zum Verbringen der heißen Sommermonate in den verträumten Mauern von Lodz gezwungen sind.

## Aus dem Reiche

**Notizie Evangelisationsversammlung.** Am Mittwoch, den 28. Juni, wird Herr Pastor Schmidt abends um 7 Uhr im Betanien zu Neu-Nolice, eine Evangelisationsversammlung abhalten.

**Ruda-Pabianicka Frauenbund.** Heute und Sonntagabend 8. und 9. Juli, wird Herr Pastor Schmidt in der Wohnung der Frau Lange um 6—7 eine Frauenabende und dann von 7—8 eine Bibelbesprechung und einen Vortrag für die Jungfrauen abhalten.

**Kufowicz Hauptgottesdienst.** Am Sonntag, den 25. Juni, wird Herr Pastor Schmidt in der hiesigen Kirche vormittags 11 Uhr einen Hauptgottesdienst, der mit dem hl. Abendmahl verbunden sein wird, abhalten.

**Alte Akademie.** Beginn des Baues der Bergakademie. Da das für die Zwecke der Bergakademie zur Verfügung gestellte Gebäude des früheren Spitals am Wawel sich als vollständig ungeeignet erwiesen hat, und die Schließung gezwungen war, einen Jahrgang zu schließen, wurde vor einigen Tagen beschlossen, mit dem Bau des neuen Gebäudes für die Bergakademie sofort zu beginnen, insbesondere, da mehrere Städte sich erbötig gemacht hatten, der Akademie geeignete Gebäude zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich wurde mit den Arbeiten bereits begonnen.

**Leibniz-Massenausführung von Edelmetallen und Brillanten nach Deutschland.** Seit längerer Zeit hat die Leiberger Polzei ihre Aufmerksamkeit auf die Massenausfuhr von Edelmetallen und Edelsteinen aus Leiberger nach Westfalen gelenkt. Es gelang ihr auch bei einigen Passagieren Silber, Brillanten und fremde Brillanten zu beschlagnahmen, so z. B. bei einem Reisenden Brillanten für 3 Millionen Mark, 40 Klg. Silber in Stäben und 40 000 Reichsmark. Es wurde beschlagnahmt, die Rüge genau zu beobachten.

**Cholera.** Im Konnoer Lager für Flüchtlinge aus Rußland ist die Cholera ausgebrochen. Aus diesem Anlaß hat sich Gesundheitsminister Dr. Chodzko in Begleitung des Epidemiekommissars des Völkerbundes Dr. White hierher begeben, um die Lage zu prüfen.

**Aborn.** Zwei Schwestern ertranken. Die Welsche hat Freitag nachmittag zwei Opfer gefordert, und zwar ertranken beim Baden zwei Töchter des Fleischermeisters Josef Jankiewicz. Die Leiche des einen Mädchens, der 15jährigen Gymnasiastin Stefania, konnte bald geborgen werden, die Leiche ihrer Schwester ist dagegen noch nicht geborgen worden.

## Lezte Nachrichten.

**Das Ergebnis der Wahlen in Irland.** London, 21. Juni. (Pat.) Die Wahlen in Irland hatten folgendes Ergebnis: Die Anhänger des englisch-irischen Vertrages erhielten 72 288, die Gegner 10 928 Stimmen.

**Dublin, 21. Juni. (Pat.)** Den bisherigen Ergebnissen zufolge, eroberten die Anhänger des englisch-irischen Vertrages 51 Mandate, die Republikaner 31, die Arbeitspartei 14, die Unabhängigen 10 und die Agrarier 8 Mandate.

**Fate Jonescu.** Rom, 21. Juni. (Pat.) Der ehemalige rumänische Ministerpräsident und Außenminister Fate Jonescu ist an der Lungenerkrankung verstorben.

**Spanien wünscht mit Polen einen Handelsvertrag zu schließen.** Warschau, 21. Juni. (A. B.) Der Vertreter Spaniens wandte sich an die polnischen Behörden mit dem Vorschlag, zwischen beiden Ländern einen Handelsvertrag zu schließen.

**Bergarbeiterstreik in Spanien.** Madrid, 21. Juni. (Pat.) Die Zahl der in den Kohlengruben von Bilbao streikenden Bergarbeiter übersteigt 30 Tausend.

**Kurze telegraphische Meldungen.** Am 1. Juli findet in Petersburg die offizielle Eröffnung des deutschen Konsulats im ehemaligen deutschen Botschaftsgebäude statt.

Polen ist Montag abend um 8 Uhr von London nach Paris abgereist.

## Polnische Börse.

Warschau, 21. Juni.	
Millonówka	1490-15.0 1490
4 1/2 Proz. Föder. d. Bodenkreditges.	59-60.50 60 1/2
100 Mk.	
Valuten:	
Dollars	4365 4375
Belgische Franken	338
Deutsche Mark	13.95 14.10-13.90
Cheques:	
Belgien	360-361
Berlin	13.80-14.13.65
Danzig	13.95 13.80
London	19400-19440-19350
New-York	4370 4365
Paris	87 1/2-87.9
Frankfurt	84.50
Wien	30.50-31 1/2-31.50

Aktionen:	
Warsch. Diskontobank (Ohne Kupon)	3300-3275
Warsch. Handelsbank	6450-6500
Westbank	3350 3270-3325
Kreditbank	3300-3300
Verenigte poln. Landeigenen	
Wohlfahrtsbank	1360
Warsch. Gen. d. Zuckerfabr.	34750 34650
Holz-Industrie	1800
Kohlengewerkschaft	7200-7400-7325
Schiffahrtsgesellschaft	1825 1810
Akt. Ges. „Polna“	3200
Lilpop	4000-3960
Ostrowiec Werke	7450-7525
Zielonkowski	1850
Budski	2585-2490 2615
Starachowice	54 5 5800
Zyrardow	74750-75000
Borkowski	1235-1300
Gebr. Jablonsky	1800-1835
Naphtha	1850-1875-1880

Hauptveröffentlichung Adolf Kargel. Verantwortlich: für Politik: Hugo Wleczotek für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil Adolf Kargel; für den Anzeigenteil: G. u. a. m. d. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Laber Freie Presse“ m. b. H. Leiter Dr. Eduard v. Behrens.



